



Krieg und Frieden

18.02.2011

Von Paul Gräsle

»Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden«

John Wesley hatte eine klare Position zum Krieg: »Wer kann schon den Krieg mit irgendeinem Maß an gesundem Menschenverstand in Einklang bringen?«

Die methodistischen Kirchen haben das zwar nicht immer beherzigt, heute aber lehnen sie Krieg als Mittel der Konfliktlösung eindeutig ab. Paul Gräsle zeigt die aktuelle Entwicklung.

Von den Anfängen bis heute hat sich der Methodismus immer mit »Krieg« – auch mit aktuellen Kriegen – auseinandergesetzt. So hat sich Wesley (1703 – 1791) wie kein anderer Schriftsteller oder Theologe seiner Zeit gegen jede Art des Krieges gewandt und mehrfach versucht, seine tieferen Ursachen aufzudecken und seine unausweichlichen Folgen in ihrer Unmenschlichkeit als ausreichendes Motiv für die Ächtung jeden Krieges herauszustellen. Er ging in seinen Aussagen für seine Zeit sehr weit: Erst wenn jeder Krieg beendet und kein weiterer mehr begonnen werde, könnten Menschen wieder für sich in Anspruch nehmen, vernünftige Geschöpfe zu sein (nach Manfred Marquardt).

Im Originalton: »Wer kann schon den Krieg mit irgendeinem Maß an gesundem Menschenverstand in Einklang bringen ... Wie schockierend, wie unvorstellbar muss der Mangel an allgemeiner Verständigung wie auch an allgemeiner Menschlichkeit sein, bis zwei Regierende – oder zwei Nationen des Universums – sich eine solche Entscheidungsmethode ausdenken!« In der späteren Auseinandersetzung mit Kriegen hat die EmK dabei allerdings oft den Pfad Jesu und das Denken Wesleys verlassen. So schrieb beispielsweise in Deutschland im Dritten Reich der »Evangelist« 1939 (nach Zehrer): »Gott ist mit uns. Er gab unseren Heeren Bewegungskraft und Schlagfertigkeit, die Feindesmacht im Osten restlos zu zerschmettern, obwohl die mächtigsten Weltreiche ihre weitgehende Hilfe zugesagt hatten ... Ja, Gott ist mit unserem Volk!« Nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute hat sich die EmK weltweit und auch in der Bundesrepublik und der DDR bemüht, eine evangeliumsgemäße Stellung zu »Krieg« zu finden. Seit über 20 Jahren hat die EmK in Deutschland – meist vorbereitet durch die Ausschüsse für »Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« – immer wieder konkret Stellung bezogen zu Terrorismus und Kriegen und sich dabei oft auch an Regierende, Parteien und Gesellschaft gewandt.

»Krieg« in den Sozialen Grundsätzen der EmK

Im Kapitel »Die Weltgemeinschaft« ist bei »Krieg und Frieden« die Position der weltweiten EmK, die auch in Deutschland Konsens ist, festgelegt: »Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Wir verwerfen deshalb den Krieg als Mittel nationaler Außenpolitik Wir bestehen darauf, dass es oberste moralische Pflicht aller Staaten ist, gemeinsam daran zu arbeiten, alle zwischen ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln.« Es werden dann Wege aufgezeigt, wie auf Aggression, Terrorismus oder Völkermord zu reagieren sei. Allerdings sagt die EmK ihren seelsorgerlichen Beistand auch Soldaten zu – genauso wie Kriegsdienstverweigerern oder Totalverweigerern (im Kapitel »Militärdienst« der Sozialen Grundsätze).

Das Friedenswort der EmK in Deutschland 2005

Nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation, den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch zerfallende staatliche Ordnungen, Clan- und Bandenkriege, Terrorismus, Diskussion um asymmetrische Kriege, Präventionskriege, veränderte Militärstrategien musste auch die EmK ihre Position zu Krieg neu formulieren. 2005 wurde das Friedenswort »Frieden braucht Gerechtigkeit« verabschiedet, das eine fundierte biblischtheologische Orientierung zum Thema Krieg und Frieden bietet und eine differenzierte Begründung, warum Frieden Gerechtigkeit braucht. Das Friedenswort untersucht dabei die Rolle von Ungerechtigkeit und wirtschaftlicher Dominanz zum Beispiel in Form von Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung oder welche Auswirkungen die Aushöhlung von Solidar- und Sozialstrukturen hat. Aus diesen Un-Gerechtigkeiten werden dann durch das umfassende biblische Schalom Handlungsimpulse und Selbstverpflichtungen für Einzelne, Kirchen und Gesellschaften entwickelt. Fazit: Es gibt keinen gerechten Krieg – aber alle Kraft und das ganze Engagement von Einzelnen und der Gesellschaft muss in einen gerechten Frieden investiert werden!

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Zwei aktuelle Konfliktbeispiele, die zeigen, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit gibt:

Piraterie vor der Küste Somalias: Am 25. Januar 2011 waren 30 Schiffe mit über 500 Besatzungsmitgliedern in somalischen Gewässern in der Hand von Piraten. Die Bundeswehr ist durch ihre Marine bei der Überwachung der Gewässer beteiligt und übergibt Piraten der Justiz. Die Frage ist, ob militärischer Einsatz ausreicht, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen für mehr »Gerechtigkeit« erfolgen.

So sind die Hauptgründe für diese Piraterie neben einem weitgehenden Fehlen staatlicher Strukturen

in Somalia vor allem eine intensive Befischung der somalischen Gewässer durch ausländische Fischereifloten, besonders auch aus der Europäischen Union, die somalische Fischer in ihrer Existenz bedroht. Zudem wird seit 1991 Giftmüll vor Somalia verklappt. So wurden zum Beispiel 2002 tausende tote Fische an die somalische Küste geschwemmt. Hier wird sehr deutlich, wie wichtig es wäre, in »Gerechtigkeit« zu investieren.

Afghanistan-Krieg: Dieser Krieg dauert jetzt schon fast doppelt so lang wie der Zweite Weltkrieg. Ausländische Truppen werden heute als Besatzer gesehen und nicht mehr als Befreier. Die Besatzer setzen sich über das Recht hinweg. Abgeschirmte Sondertrupps (Task Forces) führen Kill-Missionen durch, das heißt Tötungen ohne Beweise, ohne Richter und ohne Urteil. Oft genug sterben dabei auch Zivilisten oder werden verkrüppelt – Männer, Frauen, Kinder. Der Rauschgiftanbau in Afghanistan blüht wie nie zuvor. Aus Afghanistan stammen 50 bis 90 Prozent des weltweit angebotenen Heroins. Heroin ist der »Hauptschmierstoff« für Waffenkäufe und terroristische Aktivitäten. Außerdem reicht der Einfluss der Rauschgift-Barone bis in die Spitzen der Regierung. Die Infrastruktur ist desolat. Was für das Militär wichtig ist, wird ausgebaut – etwa Hauptverbindungsstraßen. Dagegen haben landesweit nur sechs Prozent der Bevölkerung Zugang zu Elektrizität und es existiert fast kein Gesundheits- und Bildungswesen. Die Investitionen in echten Aufbau sind im Vergleich zu den Militärausgaben verschwindend gering!

Fazit: Terrorismus kann nicht mit »Krieg« bekämpft werden, sondern nur mit einer konsequenten Politik der Gerechtigkeit!

Paul Gräse

© 2019 - Evangelisch-methodistische Kirche